

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 35/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d



## Inhalt

40. Jahrgang / 16

23. Januar 1985

Günter Verheugen MdB, Mitglied der Kommission für Internationale Beziehungen beim SPD-Parteivorstand, zum Tag von Afrika: Weiterführende Hilfe leisten. Seite 1

Annemarie Renger MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, würdigt die deutschlandpolitische Initiative des Bundestagspräsidenten: Jenneringer ist nicht allein. Seite 3

Armin Clauss MdL, Hessischer Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales, weist auf die hessische Smog-Bekämpfung hin: Frische Zugluft. Seite 4

Helmut Rohde MdB widmet sich den Beziehungen zwischen Bundesregierung und DGB: Signal der Gewerkschaften. Seite 5

Joachim Poß MdB warnt vor Schablonendenken in der Frage der Grüneinschätzung. Seite 7

Afrika Über den Tag hinaus helfen

-----  
Die unmittelbare Katastrophenhilfe kann nur ein erster Schritt sein

Von Günter Verheugen MdB  
Mitglied der Kommission für Internationale Beziehungen beim SPD-Parteivorstand

Die Hungerkatastrophe in Afrika hat eine beeindruckende Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Das soll man nicht verkleinern: angesichts der Aufgabe, Menschen vor dem unmittelbar drohenden Hungertod zu bewahren, kann es kein Zögern geben. Wohl aber ein paar über den Tag hinausweisende Gedanken.

Die unmittelbare Katastrophenhilfe ist nur ein erster Schritt. Daß sie notwendig ist, weist auf Versäumnisse in der Vergangenheit. Wenn diese Versäumnisse nicht nachgeholt werden, dann wird es immer wieder Hungerkatastrophen geben, immer größere und in immer kürzeren Abständen.

Der Hunger in Afrika ist nicht in erster Linie eine Naturkatastrophe. Er ist eine Kultur-Katastrophe: politische, wirtschaftliche und ökologische Fehlentscheidun-



gen haben ihn gemacht. Über die Verantwortung läßt sich eine Menge sagen. Aber bevor man das tut, muß man sich klar machen, daß die hungernden Menschen Opfer sind, nicht Täter.

Die weltweiten Entwicklungs- und Umweltschutzprobleme treten in Afrika massiert und besonders kraß in Erscheinung. Nicht nur Hunger und Unterentwicklung verursachen das Elend. Afrika ist auch gequält von Rassismus, Kolonialismus, Krieg und vielfacher Unterdrückung. Weltpolitische Gegensätze werden an vielen Stellen auf dem Rücken der Afrikaner ausgetragen; Angola, Mosambik, aber auch Äthiopien sind Beispiele dafür.

Alle Industriestaaten müssen lernen, daß Afrika seinen eigenen politischen Weg finden muß. Hilfe darf nicht von politischem Wohlverhalten abhängig gemacht werden. Hilfe bedeutet, daß in den ärmsten Ländern Strukturen wiederhergestellt werden, die den Menschen das Überleben aus eigener Kraft ermöglichen. Das allerdings heißt, daß man Entwicklungshilfe nicht als Exportförderungs- politik mißverstehen darf.

An einem "Tag für Afrika" darf schließlich nicht verschwiegen werden, daß auch dieser Kontinent mit Waffen vollgestopft wird. An Afrika gegen teures Geld Waffen verkaufen und für Afrika Nahrungsmittelhilfe sammeln: das geht nicht zusammen.

Das Rezept zur Überwindung des afrikanischen Elends heißt Abrüstung, wie die Nord-Süd-Kommission von Willy Brandt schon längst gefordert hat.

(-/23.1.1985/hü/ks)

+ + +



Ermutigung für Dr. Jenninger

Der Bundestagspräsident ist bei seinen deutschlandpolitischen Bemühungen nicht allein

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Bundestagspräsident Dr. Jenninger ist nur wenige Monate im Amt, aber in dieser Zeit hat er sich in bemerkenswerter Weise der parlamentarischen Praxis angenommen. So leitet er die ad-hoc-Kommission für die Parlamentsreform, im Präsidium herrscht ein kollegiales und loyales Klima. Ohne Zögern greift er Probleme auf und stellt sich seiner Aufgabe gemäß, als Erster unter Gleichen, vor das Hohe Haus und seine Mitglieder.

In diesen Tagen hat er erneut ein Thema aufgegriffen, das schon seit zwölf Jahren den Deutschen Bundestag beschäftigt. 1974 habe ich als Präsidentin des Hauses angeregt, nach Verabschiedung des Grundlagenvertrags, mit der Volkskammer der DDR Kontakte aufzunehmen, wie wir diese mit allen anderen Mitgliedern der Interparlamentarischen Union haben, in der die beiden deutschen Staaten, bei insgesamt 103 Mitgliedsstaaten, zusammengeschlossen sind.

Dabei waren wir uns alle über den unterschiedlichen Charakter von Volkskammer und Deutschem Bundestag im klaren. Dennoch überwog der Gedanke, daß es möglich sein müsse, mit den Mitgliedern der Volkskammer über uns gemeinsam interessierende und berührende Probleme zu sprechen, um zu versuchen, durch diese Kontakte leichter zur Lösung von schwierigen Fragen kommen zu können und nicht zuletzt die jeweiligen Regierungen - auch wenn das bei der östlichen Seite nur begrenzt möglich sein wird - zu positiven Aktivitäten zu ermuntern.

Im Vordergrund all dieser Bemühungen steht immer der Wunsch, die Bedrängnis der Trennung für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands einschließlich Berlins erträglicher zu machen. Daß solche Ergebnisse erreichbar sind und daß das Verständnis untereinander wächst, ist auch bei unseren extremen Verhältnissen möglich. Einzelkontakte und bereits schon stattgefundene Begegnungen von Bundestags-Ausschüssen in der DDR haben dies gezeigt.

Nie ist ein Zweifel daran gelassen worden, daß für uns die Vorbehalte des Grundgesetzes und der Brief zur deutschen Einheit fortdauernden Bestand haben. Selbstverständlich sind alle rechtlichen, verfassungsrechtlichen und das Viermächtestatus zu prüfen, um eine Formel zu finden, aufgrund derer jedes Mißverständnis über die demokratische Legitimation der Volkskammer ausgeschlossen ist. Hierzu sind auch die Alliierten zu konsultieren. Der Bundestagspräsident sollte sich ermutigt fühlen, die notwendigen Schritte konsequent zu machen. (-/23.1.1985/hü/ks)

+ + +



Frische Zugluft

In der Smog-Bekämpfung liegt Hessen mit NRW vorn

Von Armin Claus

Hessischer Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales

Wenige Tage vor dem ersten hessischen Smog-Alarm in Kassel und Gießen hatte die SPD-Landesregierung Holger Börner die in Hessen schon bisher bestehende klare Smog-Verordnung zum 1. Februar erneut grundlegend verschärft. Damit werden die Schadstoffwerte, die zur Auslösung eines Smog-Alarms führen, drastisch herabgesetzt. Hessen hat erneut gehandelt.

Ein insbesondere für Flächenstaaten vorbildliches Frühwarnsystem. Kein unionsregiertes Bundesland hat bisher seine Smog-Verordnung so entschieden den umweltpolitischen Notwendigkeiten angepaßt wie Hessen und Nordrhein-Westfalen. Nicht zufällig standen gerade diese beiden Länder in den vergangenen Tagen in einem engen Informationsaustausch zum Nutzen ihrer Bürger. Andere müssen sich daran messen lassen. Und Sozialdemokraten sollten darauf offensiv verweisen.

Einige Beispiele aus der neuen Hessen-Verordnung: In welchem unionsregierten Bundesland müssen die Betreiber größerer Feuerungsanlagen schon in der Smog-Vorwarnstufe auf schwefelarmen Brennstoff umstellen? Müssen industrielle Anlagen schon in dieser Phase ihre Emissionen um vierzig Prozent drosseln? Müssen Feuerungsanlagen, die schweres Heizöl verwenden, auf leichtes Heizöl umstellen? Wo gelten Verkehrsverbote schon in der ersten, Betriebsverbote für bestimmte Industrieanlagen in der zweiten Alarmstufe?

Die Smog-Situation der vorigen Woche hat darüber hinaus deutlich gemacht: Smog-Verordnungen sind nur eine Regelung für lufthygienische Notfälle. Sie sind kein Instrument zur grundsätzlichen Verbesserung der Luftbeschaffenheit. Aber sie tragen dazu bei, die Gesundheitsgefahren zu mindern. Deshalb sind die neuen hessischen Bestimmungen nur ein Teil unserer Initiativen zur Verbesserung des Umwelt-Instrumentariums.

Den umweltpolitischen Zauderern dieser Bundesregierung muß kräftig auf die Zehen getreten werden,

- damit die Schadstoff-Emissionen verringert werden;
- damit die Schadstoffgrenzwerte in der Luft endlich herabgesetzt werden;
- damit die Fristen für die Stilllegung von Altanlagen verkürzt werden;
- damit durch Einführung abgasarmer Autos die Kfz-Emissionen rasch und drastisch vermindert werden.

Kurzum: Damit auch in dieser Bundesregierung endlich umweltbewußt gehandelt statt nur dilettantisch geschwätzt wird.

Der von der Kohl/Görschel-Regierung verursachte politische Smog drückt nicht weniger. Im Umweltschutz braucht unser Land die frische Zugluft sozialdemokratischen Zukunftshandelns.  
(-/23.1.1985/rs/ks)

+ + +



Signal der Gewerkschaften  
-----

## Zur Arbeit und Lage der Arbeitenden

Von Helmut Rohde MdB

Nicht nur der Ton, auch der Inhalt der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung wird sich 1985 verschärfen. Die Gewerkschaftserklärungen am Jahresanfang haben handfeste Ursachen: Staat und Gesellschaft sind drauf und dran, die Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels und der sozialen Krisenerscheinungen immer einseitiger und unverhölener den Arbeitern sowie den kleinen und mittleren Angestellten aufzuladen.

Diese Menschen und ihre Familien trifft nicht allein die Arbeitslosigkeit und der soziale Abstieg durch die zunehmende Dauerarbeitslosigkeit; auch die politische Organisation der Umverteilungsprozesse kann nicht mehr außer acht gelassen werden.

Während andere gesellschaftliche Gruppen fordern, von den Auswirkungen des Strukturwandels und der Arbeitslosigkeit "freigestellt" zu bleiben, werden die Lasten zunehmend den Arbeitenden aufgebürdet, vor allem den Menschen "unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze". Die sie treffenden Abgaben und Beitragserhöhungen entwickeln sich zu Kettenreaktionen. Ohne langes Fragen wird bei ihnen alles "angerechnet". Die Bemessungsgrenze wird Maßlatte der Bundesrepublik.

Die DGB-Führung sieht sich dem Sachverhalt gegenüber, daß die Bonner Politik weder Courage noch Willen hat, energisch gegen Verwerfungen der Beschäftigungsverhältnisse und deren Auswirkungen auf die arbeitenden Menschen vorzugehen. Das haben ihr die Erklärungen der Nürnberger Anstalt und des Wirtschaftsministeriums am Jahresanfang noch einmal vorgeführt. Es besteht noch nicht einmal die Absicht, dem Parlament gegenüber wahrheitsbezogen über Gründe und soziale Folgen der Arbeitslosigkeit zu berichten und darzulegen, wie politische Verantwortung wahrgenommen werden soll. Der Bundestag muß sich mit schütterten Zahlen aus Nürnberg und armseligem Schreibmaschinentext des Wirtschaftsministeriums zufriedengeben.

Nicht die Zukunft der Arbeit steht im Bonner Mittelpunkt. Die Politik hat sich eingegraben, um politische Verteilungskämpfe zu führen. Dafür und nicht für die Organisation von Arbeit unter Zukunftsbedingungen wurden beim Jahreswechsel Bonner Fronten gezogen. Der eine hat die Steuern, insbesondere die Begünstigung höherer Einkommen, der andere Transferleistungen auf die Tagesordnung gesetzt. Immer mehr geht der Zusammenhang zwischen Arbeit und sozialer Sicherung und damit das Bemühen um gesellschaftliches Gleichgewicht verloren. Aus der Sozialgeschichte kann man lernen, wie auf diesem Wege das soziale Niveau einer Gesellschaft absinkt.

Je näher die Bundestagswahl rückt, umso unverfrorener wird, so muß man befürchten, die Politik vorgehen. Auslassungen zeigen schon heute, mit welcher unverhüllter Rücksichtslosigkeit zu rechnen ist. Sich ein Wählerklientel mit gesellschaftspolitischem Egoismus zu Lasten anderer einzukaufen, ist geradezu Stilmittel Bonner Politik geworden.

Daß diese Rechnung auf Kosten der arbeitenden Menschen und zu Lasten der Arbeitslosigkeit geht, das läßt sich schon heute aus Sachverhalten ablesen. Um nur eines zu nennen: So soll ausgerechnet und in Milliardenhöhe in den nächsten Jahren die Arbeitslosenversicherung zur Ader gelassen werden, um damit an anderer Stelle Defizite des aus dem finanziellen Gleichgewicht geratenen Gesamtsystems sozialer Sicherung abzubauen. Dabei ist es das Interesse der arbeitenden Menschen, die Arbeitslosen-



versicherung - Instrument für sozialen Schutz und für beschäftigungspolitisches Handeln - auf die arbeitsmarktpolitischen Anforderungen der 80er Jahre zu konzentrieren. Vor uns steht anhaltende Massenarbeitslosigkeit.

Wer neue Wege einschlagen will, lernt Bonns jetzige Verfassung kennen. Wer zum Beispiel die Frage aufwirft, ob nicht die Finanzierungsmethoden der sozialen Sicherung den geänderten Produktions- und Ertragsstrukturen angepaßt werden müßten, zumal wir es in der Sozialpolitik mit abgezweigten Teilen des Sozialprodukts zu tun haben, der findet vielleicht noch allgemeines Interesse, aber konkretes Handeln ist dafür nicht in Sicht. Oder wer zu bedenken gibt, daß sozialer Ausgleich unter Zukunftsbedingungen eher anders als mit einem Verschieben von Defiziten von einem Sozialleistungsträger zum anderen zu erreichen ist, kann stereotyper Antworten sicher sein.

Oder wenn ein Sozialpolitiker fragt, ob der soziale Ausgleich nur von Arbeitern und Angestellten finanziert oder zum Beispiel auch von Beamten durch einen Beitrag für ihre Altersversorgung mitgetragen werden soll, dann wird über ihn gleich rüde hergefallen. Der Ton und die Arroganz von Außenminister Genscher gegenüber meinem Fraktionskollegen Eugen Glombig zeigt den politischen Charakter am Anfang 1985.

Wer schließlich wagen sollte, das trickreiche Vorgehen der "Anbieter" im Gesundheitswesen unter die Lupe zu nehmen, bei Honoraren also, Arzneimitteln, Krankenhauskosten und so weiter, der kann sich auf was gefaßt machen. Der lernt kennen, was der Unterschied ist zwischen der Gesundheit der Massen und dem Egoismus der Gruppen.

Zudem werden die Steuer- und Transferdebatten nicht selten so geführt, als ob wir künftig mit einer Volldampf-Ökonomie, einem Wachstum um fast jeden Preis zu tun hätten. Über dieses Wachstum von morgen - wie immer das sein wird - will man schon heute disponieren, auffälligerweise jenseits der Arbeit und ihrer Bedingungen, was für sie erforderlich ist und was das kostet.

Dies alles kann die Arbeiterschaft und die kleinen und mittleren Angestellten nicht kalt lassen. Neben materiellen Auswirkungen hat dieser Prozeß seine menschliche Seite in der Arbeitswelt und im persönlichen Leben. Er richtet sich gegen Selbstachtung und Selbstbewußtsein der arbeitenden Menschen. Die Sprache der DGB-Führung macht das deutlich. Sie ist kein rhetorischer Ausrutscher. Sie signalisiert gesellschaftliche Zustände. Und auch dies: "Unter der Bemessungsgrenze" ist in einem Industrieland nicht die politische Schwäche zu Hause. Oder will es die Politik darauf ankommen lassen, daß Ihr dies bewiesen wird? (-/23.1.1985/rs/ks)

+ + +



Unnötige Mißverständnisse - oder mehr?  
-----

Zum Streit über die Grünen in der SPD

Von Joachim Paß MdB  
Mitglied des Parteirates

Der Kurs der SPD wird weder von Moderatoren der "Tagesthemen" noch von liberalen Journalisten bestimmt, die im Zweifel an der SPD ja nur den ihnen genehmen Kurs vermissen. Abgesehen davon ist es ein Skandal an sich, daß ein Moderator der Tagesthemen aufgrund der Meinungsäußerungen einiger weniger Sozialdemokraten den bewußt verfälschenden Eindruck erzeugt, als hätte die SPD-Bundestagsfraktion der schriftlichen Zwischenbilanz ihres Vorsitzenden die Note "mangelhaft" erteilt.

Andererseits ist es fast schon erbärmlich, wie - in sicherlich gutmeinender Absicht - die SPD krankgeredet wird, weil notwendige Neubestimmungen, die durch die Umbruchsituation in Gesellschaft und Wirtschaft bedingt sind, quasi als Verrat an sozialdemokratischen Traditionen bezeichnet und in Anbietungen an Grüne umgedeutet werden.

Dazu einige wenige - sicherlich bruchstückhafte - Anmerkungen:

1. Mit statischem Denken und Diskutieren, das die Prozeßhaftigkeit von gesellschaftlicher Entwicklung und Politik ignoriert, wird die angestrebte Mehrheitsfähigkeit der SPD infrage gestellt. Wenn die Erstarkung der Sozialdemokratie zu der Kraft, die die Geschicke im ausgehenden 20. Jahrhundert als die moderne Volkspartei bestimmen soll, das gemeinsame Ziel ist, muß die Diskussion über den Weg dorthin ohne ideologische Scheuklappen und unnötige Abgrenzungsgänge geführt werden.
2. Übereinstimmung dürfte quer durch die Partei darüber bestehen, daß dieses Ziel mit einem Konzept der sozial gesteuerten Innovation und einem Politikansatz, der über die Interessenlage von einem Drittel der Bevölkerung hinausgreift, angesteuert werden kann.
3. Im Sinne einer kontinuierlichen Entwicklung (die notwendige personelle Seite der Medaille soll hier ausgeklammert bleiben) gehört dazu das offensive Bekenntnis zu den erbrachten Leistungen ebenso wie das Eingeständnis der Defizite in der Anlage sozialdemokratischer Politik, die sich in den ausgehenden 70er Jahren und den beginnenden 80er Jahren infolge tatsächlicher beziehungsweise teilweise vermeintlicher Sachzwänge ergeben haben. Beides, die Leistungen wie die Defizite, gehören bei der Darstellung einer glaubwürdigen Position zusammen.
4. Formale Abgrenzungskriterien und schablonenhafte Betrachtungsweisen in der Einteilung von Wählergruppen behindern die Revitalisierung der Sozialdemokratie. Es ist ja nicht mehr so, daß zum Beispiel die Industriearbeiterschaft in Gänze und pauschal die "Grünen" ablehnte. Die Analyse der letzten Kommunalwahlen in



Nordrhein-Westfalen zeigt, daß auch in der Industriearbeiterschaft, nicht nur bei den Söhnen und Töchtern, sondern quer durch die Altersschichtungen, auf einem Niveau von rund fünf Prozent "grün" gewählt wird. Festzuhalten bleibt, daß die SPD die politischen Bedürfnisse dieser Kreise, wie die der sogenannten Aufsteiger, gegenwärtig offenkundig nicht ausreichend abzudecken in der Lage ist. Also: Hüten wir uns vor Schubladen!

5. Diejenigen, deren Denken ständig um die formale Ausgrenzung der "Grünen" kreist, besorgen objektiv das Geschäft dieser vielschichtigen Gruppierung, die in ihrer Mehrheit eben nichts mehr fürchtet als die "sozialdemokratische Umarmung". Anschauungsunterricht dazu haben wir in den letzten Monaten genug bekommen.

Die strategischen Köpfe der Grünen (von Außenseitern wie Schily und Fischer abgesehen) wünschen nichts sehnlicher als die Große Koalition.

Den Zwiespalt, in dem die SPD sich zur Zeit aufgrund der gegebenen Konstellation befindet, lösen wir nicht durch "ruckartige" Strategien, dergestalt etwa, daß es nach dem 12. Mai im Hinblick auf Bündnis-Konstellationen zum Schwur kommen müsse.

Mit anderen Worten, es nützt der SPD und ihrer Manövrierfähigkeit nicht, daß dann die Bündnisunfähigkeit der Grünen sozusagen per Dekret mit sozialdemokratischem Stempel amtlich festgestellt wird. Dies wäre kurzsichtig und auch nicht erforderlich, denn mit Blick auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland ist doch offenkundig, daß Strategie und Taktik sowohl von Johannes Rau als auch von Oskar Lafontaine, bezogen auf die jeweiligen Landesbedingungen, richtig sind. Mit den Grünen, so wie sie sich gegenwärtig darstellen, kann und darf man eben weder Nordrhein-Westfalen noch das Saarland regieren wollen. Andererseits lehrt uns historische und politische Erfahrung (schauen wir uns nur die FDP an), daß die Identität und das Selbstverständnis einer Partei innerhalb auch kurzer Zeiträume Modifikationen unterliegen kann. Der Wille der Wähler kann nicht beliebig durch Parteistrategien ersetzt werden.

Wir sollten aus der Geschichte lernen, die SPD stärken indem wir sie zusammenführen. Neugewonnene Erkenntnisse nicht als Herrschaftswissen einiger Berufspolitiker behandeln, sondern zur Diskussion stellen und vermitteln, vermitteln, vermitteln ... (vielleicht entsteht so das faktisch, was das Modewort Kampagnefähigkeit ausdrückt). Bei diesem Prozeß ist die Geräuschkulisse von den Flügeln eher hinderlich. Die SPD ist nicht am Nullpunkt ihrer oppositionellen Politikfähigkeit und ihrer Wirkungsmöglichkeiten. Wer das sagt, schließt offensichtlich von der eigenen Befindlichkeit auf die gesamte Partei. Wir brauchen Wahlerfolge und keinen Sonderparteitag, um sozialdemokratisches Selbstbewußtsein zu stärken.

(-/23.1.1985/va/ks)

+ + +

